

Zeitschrift: Berner Schulblatt
Herausgeber: Bernischer Lehrerverein
Band: 107 (1974)
Heft: 36

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

**Protokoll der Abgeordnetenversammlung
des Bernischen Lehrervereins
vom 24. April 1974**

Der Präsident der Abgeordnetenversammlung, *Fritz Gerber*, Zweisimmen, eröffnet die Tagung im Berner Rathaus kurz nach 9 Uhr mit folgenden Worten:

«Sehr verehrte Anwesende,

Unsere Schule und unsere Bildungspolitik befinden sich in einer harten Zerreißprobe. Wir sind in steigendem Masse der Kritik ausgesetzt und vor Gericht gezogen. Von vielen wird das heutige Schulwesen als gänzlich überholt und als sterile Institution angesehen.

Wir Lehrer, aber auch die Behörden, sind verunsichert. Von allen Seiten erwartet man schnelle und wirksame Lösungen. So ist man denn auch mancherorts bestrebt, mit unzulänglichen Mitteln, gefördert durch unseriöse und marktschreierische Methoden, rasch verabschiedungsreife Reformpläne zu verwirklichen.

Wird dabei nicht vergessen, dass wir noch immer weit davon entfernt sind, eine gemüthhaft gebildete Menschlichkeit zu entwickeln? Vor lauter Fülle des Wissens kommt oft die Pflege des Gemütes zu kurz und das seelische Wachstum verkümmert.

Im Laufe des vergangenen Winters erschien in der SLZ der Artikel eines deutschen Kinderarztes. Es wird darin dargestellt, dass in der Kinderheilkunde bei der Einführung eines Medikamentes nie nur vom grünen Tisch aus überlegt werde und dass man alles gründlich und vorsichtig erprobe. In der Bildungspolitik jedoch entwickle irgend ein Team eine Theorie. Die noch vagen Vorstellungen würden dann von der öffentlichen Meinung aufgegriffen, und von jedem noch so utopischen Ansatz erhoffe man sich Erlösung für die unter der heutigen Schule leidenden Kinder. Wir hätten zu wenig Geduld, vorerst einmal einige Jahre zu prüfen und zu testen. Man gerate allzu leicht in eine Reformeuphorie; es sei aber kaum daran zu zweifeln, dass die neuen Prinzipien unter Umständen sogar noch schlechter sein könnten als die alten.

Sehr verehrte Anwesende, ist es nicht so, dass – bei allem guten Willen zu Reformen – wir alle, Lehrer, Eltern, Jugendliche, Politiker, Wissenschaftler und Beamte, allzu schnell in die Unterrichtstechnologie flüchten und glauben, so mit den vielschichtigen Problemen fertig zu werden?

Ich bin überzeugt davon, dass noch immer der Mensch dem Menschen der bestmögliche Erzieher ist. Der Lehrer bleibt die Schlüsselfigur für alle Arbeiten in der Schule. Im Gegensatz zu allen technischen Verfahren ist er immer noch das lebendige Gegenüber mit Antlitz, Gestalt, mit Stimme, Ernst und Humor.

Wir dürfen, trotz aller Nöte, die uns bedrängen, trotz allem Druck von aussen, uns nicht von der Entwicklung überrollen lassen. Wir müssen versuchen, diese Zerreißprobe des Bildungswesens durchzustehen.

Weil eine neue Schule sich nicht wie eine Industrie aus dem Boden stampfen lässt und hier keine schnellen Lösungen möglich sind, ist es uns aufgetragen, nicht leichtfertig und kurzschlüssig zu entscheiden, sondern überlegt mitzuarbeiten.

Wenn wir uns in all den hängigen Fragen ein Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht bewahren wollen, dann müssen wir uns ruhig, objektiv und eingehend mit den vielfältigen Problemen auseinandersetzen, und wir dürfen unter keinen Umständen gleichgültig und uninteressiert beiseite stehen!»

Auf eine namentliche Begrüssung der zahlreichen *Gäste* wird aus zeitlichen Gründen verzichtet; die Delegierten können sie anhand folgender Liste zur Kenntnis nehmen:

Eingeladene Gäste | Les invités:

Herr Frank Arn, Vertreter der Vereinigung Bern. Angestelltenverbände, Bümpliz-Bern

M. André Aubry, président de la Société jurassienne de travail manuel et de réforme scolaire, Delémont

M. Abel Babey, correspondant à l'Éducateur, Delémont

* Herr Hans Bähler, Präsident des Schweiz. Lehrervereins, Glarus

Herr Moritz Baumberger, Präsident der Primarlehrerkommission, Köniz

M. Dr René Baumgartner, ancien rédacteur de l'Ecole bernoise, Delémont

Herr Ernst Bircher, Nationalrat, Sekretär des Bernischen Staatspersonalverbandes, Bern

Herr Stephan Blaser, Verbindungsmann BLV der Gesellschaft Schweiz. Zeichenlehrer, Ortsgruppe Bern, Bern

Inhalt – Sommaire

Protokoll der Abgeordnetenversammlung des Bernischen Lehrervereins vom 24 April 1974.....	273
Kurssekretariat	278
Lehrerveteranen des Oberaargaus	280
Der Alkohol und die Kinder	281
Kantonales Haushaltungslehrerinnenseminar Bern ...	281
Caisse d'assurance du corps enseignant bernois	281
Mitteilungen des Sekretariates	283
Communications du Secrétariat	283

Herr Werner Brand, ehemaliger Präsident des Kant. Ausschusses der Veteranen, zugleich Mitglied des Kantonalvorstandes, Bern

* Herr Hans Buchs, Präsident der Pflichtlektionenkommission BLV, Grossrat, Unterseen

Frau Dora Bühlmann-Pulfer, Präsidentin des Kant. Verbandes bern. Arbeitslehrerinnen, Riggisberg

Herr Markus Bürki, Präsident der Heimkommission, zugleich Mitglied des Kantonalvorstandes, Bern-Liebfeld

Herr Hans Burren, alt Nationalrat, Thun

Herr Willy Denzler, Berater des Kantonalvorstandes für Baufragen, Bern

Madame Françoise Doriot-Annoni, présidente de l'Union suisse des maîtresses de l'enseignement professionnel et ménager du Jura, Delémont

Mademoiselle Claire Evard, présidente de l'Association des jardinières d'enfants du Jura, Bienne

* Herr Paul Fink, alt Redaktor des Berner Schulblattes, Münchenbuchsee

Herr Paul Fivian, Präsident der Vereinigung der bern. Primarschulvorsteher, Köniz

* M. Pierre Gassmann, Conseiller national, Delémont

Herr Karl Geissbühler, ehemaliger Sekretär des Bern. Staatspersonalverbandes, Spiegel bei Bern

Herr Hans Grütter, Präsident des Kantonalvorstandes des Bernischen Mittellehrervereins, zugleich Mitglied des Kantonalvorstandes BLV, Biel

Herr Dr. Alfred Hebeisen, Präsident des Verbandes Bern. Kantonsschul- und Seminarlehrer, Boll-Sinneringen

Herr Dr. Leonhard Jost, Chefredaktor der Schweiz. Lehrerzeitung, Küttigen

* M. Simon Kohler, Conseiller d'Etat, Directeur de l'Instruction publique, Berne

Herr Urs Kramer, Vorsteher der Abteilung Unterricht der Erziehungsdirektion des Kantons Bern, Bern

Herr Hans Lang, Präsident der Primarlehrer-Präsidentenkonferenz, Spiegel bei Bern

* Herr Huldrych Lüthi, Präsident des Komitees für Nyafaru, Grosshöchstetten

* Herr Dr. Werner Marti, ehemaliger Präsident des Verbandes Bern. Kantonsschul- und Seminarlehrer, Biel

* M. Jean-Jacques Maspéro, président de la Société pédagogique romande, Collonge-Bellerive

Frl. Susi Meier, Präsidentin des Kindergartenvereins des Kantons Bern, Bern

Madame E. Metthez-Carnal, présidente de la section du Jura de l'Association cantonale bernoise des maîtresses d'ouvrages, Moutier

Frl. Evy Meyer, Präsidentin des Bern. Haushaltungs- und Gewerbelehrerinnenverbandes, Bern (vertreten durch Frau Elisabeth Jenzer, Bern)

Herr Paul Michel, Präsident der Vereinigung ehemaliger Schüler bern. Staatsseminare, Oppligen

Herr Dr. Hans Rudolf Neuenschwander, Präsident der Fortbildungskommission BLV, zugleich Vizepräsident der Abgeordnetenversammlung, Bern

* M. Maurice Péquignot, Conseiller aux Etats, Moutier

Herr Dr. Paul Pflugshaupt, alt Präsident der Abgeordnetenversammlung, Bern

Herr Theophil Richner, Zentralsekretär des Schweiz. Lehrervereins, Oberrohrdorf

Herr Heinrich Riesen, Kurssekretär BLV, Gurzelen

* Herr und Frau Rindlisbacher, Rechtsberater des BLV, Bern

Frl. Rosette Roggli, Präsidentin des Kant.-bernischen Lehrerinnenvereins, zugleich Mitglied des Kantonalvorstandes, Bern

Herr Erwin Roniger, Präsident des Bern. Lehrerturnvereins, Suberg

Herr Emil Schaffer, Nationalrat, Präsident der Vereinigung Bern. Angestelltenverbände, Langenthal

Herr Kurt Schenk, Leiter des Studentenlogierhauses, Bern

Herr Walter Schläppi, Präsident des Kant.-bernischen Verbandes für Gewerbeunterricht, Gwatt/Thun

Herr Richard Schori, Verwalter des Sternhauses, Bern-Bümpliz

Herr Dr. Hanspeter Schüepp, Präsident des Bern. Gymnasiallehrervereins, Belp

Herr Heinrich Schütz, Präsident der Arbeitsgruppe Lehrerbildung, Münsingen

Herr Roger Spähni, Präsident des Vorsteherausschusses BLV, Bern

Herr Dr. Gerhard Staender, Präsident der Besoldungskommission, zugleich Grossrat, Bern-Liebfeld

Herr Rudolf Strahm, Präsident der Kommission für Alterssiedlungen, Burgdorf

Herr Gottfried Streun, Präsident des Kant. Ausschusses der Veteranen, Heimberg

* Herr Edgar Sulzberger, Vorsteher der Bern. Lehrerversicherungskasse, Bern

M. Marcel Turberg, président de l'Association des maîtres aux écoles professionnelles, Delémont

M. Arthur Villard, Conseiller national, Bienne

Herr Gottfried Wälti, Präsident der Bern. Vereinigung für Handarbeit und Schulreform, Köniz

Herr Herbert Wyss, Beauftragter des Kantonalvorstandes für Gesamtschulfragen und Mitglied der Kommission Schläppi, Saanenmöser

Herr Peter Zbinden, Präsident des Schweiz. Verbandes der Lehrer an kaufmännischen Berufsschulen, Region Bern-Solothurn, Port

Herr Fritz Zumbrunn, ehemaliger Leiter des Studentenlogierhauses, Bern

* Herr Otto Zwygart, Nationalrat, Köniz

*) haben sich bis 18. April entschuldigt / se sont excusés jusqu'au 18 avril 1974

Die im Berichtsjahr verstorbenen Mitglieder des BLV werden in üblicher Weise geehrt; auch ihre Namen sind den Delegierten schriftlich mitgeteilt worden. (Die Liste der Verstorbenen ist inzwischen im Berner Schulblatt Nr. 19 vom 10. Mai erschienen. D. B.)

Als *Stimmenzähler* werden bestimmt die Kollegen *Michel Lanève*, Biel, *Kurt Knecht*, Kiesen, und *Walter Patrian*, Oberwil i. S.

Als *Übersetzer* allfälliger Anträge aus der Mitgliederversammlung stehen zur Verfügung die Kollegen *André Schwab*, Bienne, und *Ernst Kramer*, Oberburg. Die fortlaufende Übersetzung (simultan) besorgen die Dolmetscherinnen *Frl. Kaestli* und *Frau Neuenschwander*.

Das Protokoll der AV vom 21. März 1973 wird stillschweigend genehmigt (s. BS Nr. 26 vom 22. Juni 1973, französisch in den Nrn. 42-44, 19.-26. Oktober)

Zur vorliegenden *Traktandenliste* werden keine Abänderungsanträge gestellt, sodass nach der Bekanntgabe der *Zahl der Stimmberechtigten* (135) mit der Behandlung der folgenden Geschäfte begonnen werden kann:

- Jahresbericht
- Rechnungen
- Budget und Jahresbeiträge
- Wahlen
- Statuten- und Reglementsänderungen
- Aufgabenkreis eines französischsprachigen Adjunkten
- Arbeitsprogramm
- Berichterstattung des Kantonalvorstandes
- Verschiedenes und Unvorhergesehenes

1. Jahresberichte

Sämtliche Jahresberichte (unser Verein hat jeweils deren 8 abzulegen) sind publiziert worden im BS Nr. 11 und 12 vom 15. und 22. März 1974 und stehen zur Diskussion.

Zum *Jahresbericht des Kantonalvorstandes* verlangt *Christoph Zürcher*, Biel, das Wort. Er stellt fest, es sei mit Recht die Besoldungspolitik in den Mittelpunkt gestellt worden. Der Bericht sei optimistisch abgefasst und befriedige trotzdem nicht. Man frage sich, ob der Erfolg im Besoldungswesen nicht allzu teuer erkauft worden sei. Zürcher vermisst im Jahresbericht folgende Feststellungen:

- Die Lehrer arbeiten im Stundenlohn.
- Kleine Lehrergruppen sind schwächer gehalten.
- Das Besoldungsgesetz wird nicht sinngemäss angewendet; man handhabt es überstürzt, und manches ist nur ‚zu Faden geschlagen‘. An den vorgekommenen Fehlern will niemand schuld sein, ein Verwaltungszweig schiebt sie dem andern zu.
- Schlimm ist, dass die Verwaltung gewaltige Handhaben zum Reglementieren hat und unsere Schule gängelt wird. Die Verwaltung versucht einen bürokratischen Zentralismus aufzubauen. Eines Tages wird auch die Lehrfreiheit gefährdet sein. Regierungsrat Kohler sollte hier zum Rechten schauen.

Zürcher beantragt, den Jahresbericht des KV zurückzustellen, damit er in obigem Sinn ergänzt und später nochmals behandelt werden könne.

Kurt Vögeli, Münsingen, Präsident des Kantonalvorstandes, möchte eine Stellungnahme zu den Äusserungen Ch. Zürchers der zu erwartenden Diskussion überlassen. Die Überlegungen, die er sich selbst zum Jahresbericht gemacht habe, seien unabhängig von Zürchers Angriff entstanden.

Vögeli kommt auf den starken Zudrang zu den Seminaren als Folge des neuen Lehrerbesoldungsgesetzes sowie auf unerledigte und leider noch immer hängige Besoldungsfragen zu sprechen. Er weist hin auf die Gefahren eines Auseinandergehens innerhalb des BLV (Primar- und Sekundarlehrerschaft), auf das Zustandekommen der Lektionensordnung und der Besoldungsansätze. Entscheidende Kriterien zu Letzteren seien in der Verwaltung und in der parlamentarischen Kommission die Ausbildungsdauer sowie Quervergleiche mit der Klasseneinreihung des Staatspersonals gewesen. Ein allgemein

befriedigendes Verhältnis zwischen den Besoldungen der Primar- und denjenigen der Sekundarlehrer sei leider nicht zustande gekommen. Abschliessend drückt er seine Besorgnis über die gegenwärtige Entwicklung aus. Eine Spaltung der Lehrerschaft dürfe unter keinen Umständen um sich greifen; denn viele würden lachen, wenn wir uns stritten. (Die Ausführungen Kurt Vögelis sind inzwischen im BS Nr. 20 vom 17. Mai 1974 im Wortlaut erschienen. D. B.)

Zum Jahresbericht des Kantonalvorstandes meldet sich niemand mehr.

Der Antrag Zürcher, den *Jahresbericht des Kantonalvorstandes* zurückzustellen, wird mit 90 : 10 Stimmen abgelehnt und der *Jahresbericht* damit genehmigt.

Bei der Entgegennahme der übrigen Jahresberichte (Schulblatt, Schulpraxis, Pädagogische Kommissionen, Kurssekretariat, Primarlehrerkommission, Logierhaus, Alterssiedlung und Nyafaru-Komitee) äussert sich einzig der Präsident der Société pédagogique jurassienne, Kollege *Pierre Jelmi* aus Bassecour.

Er stellt fest, die Grenze zwischen pädagogischen und verbandspolitischen Problemen sei in den jurassischen Sektionen oft schwierig zu ziehen gewesen. Man habe über diese Zwiespältigkeit diskutiert und sei zu einem Antrag gekommen, wie er nun heute zur Behandlung vorliege (Regionalisierung des Juras, s. BS Nr. 6 vom 8. Februar 1974): ein französischsprachiger Regionalverband innerhalb des BLV könne westschweizerischen Lehrerverbänden im Rang einer Kantonalsektion angehören und dort die Interessen seiner Region besser vertreten, als die bisher neben dem BLV einherlaufende Société pédagogique jurassienne es tun konnte. Jelmi dankt für die Hilfe und das Verständnis der Leitung des BLV während der Ausarbeitung der geplanten Strukturänderungen. Wenn man jetzt für die vielen Umtriebe im Hinblick auf eine Integration mit der Ecole romande einen speziellen administrativen Apparat brauche (Adjunkt), bedeute das zugleich eine Verstärkung der Bindungen zum BLV in allen Fragen von allgemeiner Tragweite. (Der wörtliche Text erscheint im französischen Protokoll. D. B.)

Nach diesen Ausführungen werden *alle Jahresberichte mit grossem Mehr gutgeheissen*.

2. Die Rechnung der Zentralkasse

gibt zu keinen Diskussionen Anlass, doch fühlt sich Zentralsekretär *Marcel Ryebner* verpflichtet, zu begründen, warum das zu erwartende grosse Defizit von Fr. 50 000.- (zu erwarten gewesen als Folge der Kampagne für das neue Lehrerbesoldungsgesetz) nicht entstanden ist: es gebe vereinzelt Zweifler, die glauben, man habe diesen Fehlbetrag anderswo in Rechnung gebracht. Anhand der vorliegenden Rechnung (BS Nr. 12 vom 22. 3. 1974) und einer vielfältigten Zusammenstellung, die jeder Abgeordnete selber nachprüfen kann, weist der Zentralsekretär nach, dass die Einsparungen und Überschreitungen gegenüber dem Voranschlag der Zentralkasse einander aufwiegen. Die Haupteinsparung konnte auf dem Personalkonto erzielt werden, indem – unter vermehrter Belastung des übrigen Personals und Verzicht auf an sich nützliche Arbeiten – vakante Posten zeitweise nicht besetzt wurden. Erfreulicherweise sind dem BLV zudem für den Abstimmungskampf ansehnliche Spenden befreundeter Verbände und der Lehrerveteranen zugeflossen (total Fr. 7 006.-).

Vom *Revisorenbericht* haben die Delegierten im BS Nr. 12 (S. 118) Kenntnis nehmen können. Präsident Gerber gibt Auskunft, wie die Revisionen vorgenommen werden (Treuhandbüro Flury & Greutert, Bern und 6 Kolleginnen und Kollegen). Anschliessend werden *sämtliche Rechnungen* (Zentralkasse, Hilfsfonds, Stellvertretungskasse der Primarlehrerschaft, Liegenschaft Brunngasse, Logierhaus, Alterssiedlung und Kurssekretariat) *einstimmig (ohne Gegenmehr) genehmigt*.

3. Budget 1974

a) Zum Budget der *Zentralkasse* hat der Zentralsekretär zu bemerken, dass darin rund Fr. 20 000.- enthalten sind, die dazu dienen sollen, den Präsidenten des Leitenden Ausschusses, des Kantonalvorstandes und der Société pédagogique jurassienne zu ermöglichen, sich um 3 Wochenlektionen zu entlasten: die beiden übrigen Mitglieder des Leitenden Ausschusses werden um 1 Lektion entlastet. Falls kein Stellvertreter gefunden werden könne, werde es sich um eine finanzielle Abgeltung handeln; Entlastung und Entschädigung seien bescheiden im Verhältnis zur wirklich geleisteten Arbeit für den BLV. – Ferner seien offene Stellen im Sekretariat zu besetzen. Wer dem Budget zustimme, erkläre sich somit auch mit diesen Ausgaben einverstanden.

Hierauf wird das *Budget der Zentralkasse einstimmig (ohne Gegenmehr) gutgeheissen*.

b) Beim *Budget der Stellvertretungskasse* schlägt der KV einen symbolischen Beitrag vor. Ein Weiterbestehen der Kasse muss neu durchdacht werden. Bekanntlich übernehmen jetzt Staat und Gemeinden die Kosten für die Stellvertretungen. Ein kranker Lehrer erhält seine Besoldung während eines Jahres (wie das Staatspersonal), nachher noch zu 60 % während längstens eines 2. Jahres; jedoch sind die Risiken bei ausserdienstlichen Unfällen (in Amtierung z. B. als Organist, Chorleiter, Skilehrer etc.) nicht versichert. *Rychner* teilt mit, es werde z. Zt. geprüft, wie diese Spezialrisiken sowie auch der Ausfall zusätzlichen Verdienstes (zusätzliche Lektionen) ebenfalls versichert werden könnten. Er werde demnächst einen Entwurf zur Abänderung des Reglementes über die Stellvertretungskasse im Berner Schulblatt zur Diskussion stellen. (Inzwischen erschienen im BS Nr. 21 vom 24. 5. 1974). In einer nächsten Delegiertenversammlung könne dann zu der Angelegenheit Stellung genommen werden. Vorläufig genüge ein symbolischer Beitrag von Fr. 1.- an die «alte» Kasse, da 1974 nur noch Rechnungen aus der Zeit vor dem 1. 1. 1974 einlaufen werden, wofür die transitorischen Aktiven genügen sollten. Das Wort dazu wird nicht verlangt, die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Zentralsekretärs stillschweigend einverstanden.

c) Zum *Budget des Kurssekretariates* teilt dessen Leiter, *Heinrich Riesen*, mit, die Erziehungsdirektion habe noch nicht entschieden, ob sie pro 1973 wiederum 50 % der Administrativkosten zu übernehmen gedenke. Der Jahresbeitrag wird auf Fr. 12.- festgesetzt.

Auch dieses Budget wird ohne Gegenmehr *genehmigt*.

4. Wahlen

In offener Abstimmung werden gemäss publizierten Vorschlägen einstimmig gewählt

– die *Sektion Burgdorf* zur Bestimmung zweier Rechnungsprüfer (bisher Sektion Thun),

– *Dr. Hans Frey*, Gymnasiallehrer, Langenthal, zum Mitglied des Kantonalvorstandes als Nachfolger von Hans Kurth, Bern,

– *Kurt Schenk*, Primarlehrer Bern, zum neuen Leiter des Studentenlogierhauses als Nachfolger von Fritz Zumbunn,

– *Richard Schori*, Sek.-lehrer, Bern 18, wird als Verwalter der Alterssiedlung Sternhaus Bümpliz für 4 Jahre wiedergewählt.

Dem zurückgetretenen Verwalter des Studentenheimes dankt der Präsident der Heimkommission, Markus Bürki, mit folgenden Worten: «Fritz Zumbunn war seit der Gründung im Jahre 1963 Verwalter des Logierhauses und an dessen Einrichtung massgeblich beteiligt. Dabei war er nicht nur Verwalter; er versuchte stets, den jugendlichen Gästen nicht bloss eine Unterkunft zu bieten, sondern sie auch zu beraten und zu betreuen. Und dies war keineswegs immer eine leichte Aufgabe. Für die aufopfernde und ausdauernde Arbeit verdient Fritz Zumbunn unsere Anerkennung und unsern Dank.»

In einem weiteren Wahlgeschäft muss *das Büro der Abgeordnetenversammlung* neu bestimmt werden. Laut Statuten hat dies in geheimer Abstimmung zu geschehen. Der Kantonalvorstand schlägt die bisherigen Amtsinhaber zur Wiederwahl vor:

Präsident: Gerber Fritz, Zweisimmen

1. Vizepräsident: Dr. Neuenschwander Hans-Rudolf, Bern

2. Vizepräsident: Bachmann Lucien, Biel

Die Auszählung der Stimmzettel ergibt folgendes Resultat:

Gerber 125, Bachmann 129, Neuenschwander 129, leer 1. Alle drei Amtierenden sind somit ehrenvoll wiedergewählt worden; sie werden mit Applaus begrüsst.

5. Änderungen an Statuten und Reglementen

Reglemente aufzustellen liegt in der endgültigen Kompetenz der Abgeordnetenversammlung, Statutenänderungen dagegen unterliegen dem fakultativen Referendum (Urabstimmung). Vom Kantonalvorstand wurden im Berner Schulblatt (Nr. 6 + 9/74) Änderungen in folgenden Gebieten vorgeschlagen:

– Regionalisierung des BLV

– Ersatzdelegierte

– Rechnungsprüfungskommission

– Pädagogische Kommission

– Amtsantritt des Zentralsekretärs

– Beitrag an die Parlamentarier

Regionalisierung des Lehrervereins

Es soll einzelnen Regionen die Möglichkeit gegeben werden, sich zu konstituieren (Vorschlag A), oder aber dem Jura allein (Vorschlag B).

Zur Eintretensfrage melden sich *M^{me} Walliser*, Bienne, *Pierre Jelmi*, Bassecourt, und *Ulrich Berger*, Biel.

Frau Walliser macht auf das allgemeine Durcheinander in den Bieler Schulen aufmerksam, das entstanden ist durch den zeitlich verschiedenen Schulbeginn für die deutschen und französischen Schulen sowie die Verbindung mit der Ecole Romande. Sie empfiehlt, zuzuwarten, bis man klar sieht (Juraplebiszit).

P. Jelmi würde es bedauern, wenn die schon seit über einem Jahr vorbereitete Regionalisierung des BLV, auf die die jurassischen Kollegen angewiesen sind, durch die seither auf den 23. Juni angesetzte Volksabstimmung über die Jurafrage verzögert würde.

Die SPJ (Société pédagogique jurassienne) habe wohl oder übel im Aufbau der Ecole romande auch zu gewerkschaftlich relevanten Fragen Stellung nehmen müssen, obschon sie nach ihren Statuten dazu nicht befugt wäre. Deshalb möchte sie in den Statuten des BLV anerkannt werden. Auch bei einem Trennungsbeschluss am 23. Juni werde der Jura noch während Jahren zum Kanton Bern gehören und auf eine enge Zusammenarbeit mit der Leitung des BLV angewiesen sein. Die vorgeschlagene Statutenrevision bietet die nötige Grundlage dazu und darf nicht hinausgeschoben werden.

U. Berger unterstützt den Vorschlag von Frau Walliser, das Geschäft auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben.

Mit 70 : 37 Stimmen wird hierauf *Eintreten* beschlossen.

In der nun zu erwartenden *Diskussion* soll abgeklärt werden, welche Variante vorzuziehen ist, Vorschlag A oder B (s. oben).

Zentralsekretär Marcel Rychner hebt hervor, dass in der gegenwärtigen Schuldiskussion und -reform die pädagogischen und die gewerkschaftlichen Fragen oft eng verzahnt seien. So beeinflussen Lehrplan und Stundentafel der Schüler die Unterrichtsverpflichtung und somit das Einkommen der Lehrer, Strukturreformen (Gesamtschule, Orientierungsstufe usw.) die Zusammensetzung und Einstufung des Lehrkörpers usw. Deshalb das Unbehagen in der Leitung der SPJ und deren Wunsch nach einer Integration in den BLV bei Fortführung der selbständigen Vertretung des Juras in der SPR, aber in enger Verbindung mit der Leitung des BLV.

Weil ein wirkliches Bedürfnis nach einer Regionalisierung im BLV bisher nur aus dem Jura angemeldet worden ist, glaubt der Kantonalvorstand, Variante B des Revisionsvorschlages genüge, wenigstens vorderhand.

Nachdem Kollege Willmann, Sektion Aarwangen, die Variante A als das einfachere Verfahren empfohlen hat, umso mehr, als sich gerade in der Fortbildung eine engere Zusammenarbeit zwischen den Sektionen anbahne, erklärt Kurt Vögeli, Präsident des Kantonalvorstandes, der KV habe der Variante B den Vorzug gegeben, weil man nur auf die vorhandenen Bedürfnisse Rücksicht nehmen wollte. Der KV beharre jedoch nicht auf Variante B (Jura allein), und um eine Prestige-Angelegenheit könne es sich schon gar nicht handeln.

In der darauf folgenden *Abstimmung* entschlossen sich die Abgeordneten mit grossem Mehr für *Variante A*. (Regionalisierung für alle Landesteile möglich.) (Variante B erhält 3 Stimmen). Eine Diskussion um einzelne Punkte erfolgt nicht.

Alle übrigen Vorschläge, Statuten- und Reglementsänderungen betreffend, werden einstimmig angenommen. Somit ist beschlossen (in Kürze):

- Die *Mindestzahl der Ersatzdelegierten* wird auf 2 erhöht.
- Die *Rechnungsprüfungskommission* besteht aus 6 Mitgliedern (früher 4): 3 von der Abgeordnetenversammlung bezeichnete Sektionen wählen je 2 Mitglieder.
- Wahl, Obliegenheiten und die zur Verfügung zu stehenden Mittel der *Pädagogischen Kommission* werden im Reglement etwas anders festgelegt.

Die Aufgaben der PK für den französisch sprechenden Kantonsteil übernimmt wie bisher die Société pédagogique jurassienne (SPJ).

- Der *Beginn der Amtsdauer des Zentralsekretärs* (auf 4 Jahre gewählt) wird vor dessen Wahl vereinbart (bisher: 1. Oktober).
- Die Abgeordnetenversammlung setzt weiterhin alljährlich im Budget eine bestimmte Summe als *Entschädigung an die Parlamentarier*, die Vollmitglieder des BLV sind, fest, aber nun ohne Zusammenhang mit den Stellvertretungskosten.
- *Unterstützungs- und Darlehensgesuche* sind nicht mehr über den Sektionsvorstand, sondern direkt an das Zentralsekretariat zuhanden des Kantonalvorstandes zu richten.

6. Aufgabenkreis des Adjunkten des Zentralsekretärs

Das Amt eines Adjunkten des Zentralsekretärs und Bürochefs ist seit einem halben Jahr unbesetzt; nachdem Herr Rickli demissioniert hatte, äusserte die SPJ, wie Marcel Rychner mitteilt, den Wunsch, den Posten durch einen Jurassier zu ersetzen, der zugleich das Sekretariat für die SPJ zu führen hätte. Er bliebe dem Zentralsekretär unterstellt und wäre zur Hälfte Mitarbeiter für allgemeine Aufgaben innerhalb des ganzen Kantons. Genaue Abgrenzungen der Aufgaben nach Neigung und Eignung würden nach der Wahl getroffen. Diese kann am Nachmittag durch den Kantonalvorstand erfolgen. (Sie fiel auf Paul Simon, maître secondaire, Saïgnelégier, geb. 1940. D. B.)

Es meldet sich niemand zum Wort, worauf der vom Zentralsekretär vertretene Vorschlag des Kantonalvorstandes, das Pflichtenheft des Adjunkten entsprechend abzuändern, *ohne Gegenwehr gutgeheissen* wird.

7. Arbeitsprogramm der Pädagogischen Kommission

Kollege O. Wullschläger, Münsingen, z. Zt. Vizepräsident der Pädagogischen Kommission, nennt kurz die Probleme, mit denen man sich gegenwärtig beschäftigt: Schulreisen, Schülerlager, Landschulwochen, Überprüfung der Lektionentafel im Lehrplan der Primarschule u. a. Anschliessend gibt Heinrich Schütz, Präsident der Kommission für Lehrerfortbildung, einen Zwischenbericht über die Tätigkeit der KOLB seit deren Gründung. Man beschäftigte sich mit folgenden Fragen: Ausbildungszeit, Feminisierung des Lehrerberufes, Berufstreue, Verwaltungsmassnahmen, Klassenbestände, Lehrer auch an der Unterstufe, Sonderkurse für Maturanden, Grundausbildung, freiwilliges Weiterbildungsjahr. (Die Ausführungen von H. Schütz sind im BS Nr. 19 vom 10. Mai 74 im Wortlaut erschienen. D. B.)

8. Wiederwahl der Lehrerschaft / Sanktionen gegen Sperrebrecher

Der Zentralsekretär weist darauf hin, dass es immer wieder Schulbehörden gebe, die trotz Lehrermangel versuchten, einen ihnen nicht mehr genehmen Lehrer loszuwerden. 1968 sei dies in rund 30 Fällen vorgekommen. Die Gegner der Betroffenen hätten es oft jeweilen unterlassen, rechtzeitig die richtigen Massnahmen einzuleiten

und warteten den Termin der Wiederwahl ab. Eine Nichtwiederwahl werde jedoch vom BLV nur anerkannt, wenn dazu zwingende Gründe vorhanden seien, was sehr selten vorkomme; meistens sei aber ein gelegentlicher Stellenwechsel ratsam. Nach diesen Erläuterungen schildert Rychner im Auftrag des Leitenden Ausschusses den

Fall Wankdorf, Bern:

Trotz der vom BLV verhängten Sperre haben vier Frauen einzelne Klassen einer Arbeitslehrerinnenstelle an der Sekundarschule Wankdorf übernommen. Die 4 Arbeitslehrerinnen (Frauen Fafri, Grimm, Hebeisen und Keel) sind vom BLV rechtzeitig und persönlich auf die Folgen aufmerksam gemacht worden, müssen also gemäss Art. 12 der Statuten aus dem BLV ausgeschlossen werden, bzw. dürfen nie in den BLV aufgenommen werden. Die Begründung der Nichtwiederwahl der bis dahin amtierenden Arbeitslehrerin durch die Schulkommission konnte vom Leitenden Ausschuss nicht angenommen werden. Ebenfalls erachte man es als unannehmbar, dass die Schulkommission ihr Angebot auf bedingte provisorische Wiederwahl nur deshalb zurückzog, weil der BLV die Abklärung wichtiger, vom betroffenen Mitglied bestrittener Vorbehalte verlangte, wobei das Mitglied bereit war, die auferlegte Bedingung zu erfüllen (ärztliche Untersuchung).

Die Abgeordnetenversammlung nimmt diese Ausführungen zur Kenntnis. Es meldet sich niemand zum Wort. Ohne Gegenmehr *billigt* die Versammlung *die vom Kantonalvorstand unternommenen Schritte*, einschliesslich des Boykotts der ausgeschriebenen Stelle (BS vom 1. März 74) und des schriftlichen Appells an die berufliche Solidarität, der am 2. 4. 74 an vier Lehrerinnen sowie den Ehemann der einen (Peter Fafri, Vorsteher), gerichtet worden ist und *beschliesst folgendes*:

- «1. Da die Arbeits- und Haushaltungslehrerinnen Frau Fafri-Holzer, M. Grimm, Kl. Hebeisen und Frau Keel-Wyss sich über den Boykott hinweggesetzt haben, werden sie nie Mitglied des BLV sein können.
2. Herr Peter Fafri, der seine Ehefrau nicht verhindert, die Sperre zu brechen, wird mit sofortiger Wirkung aus dem BLV ausgeschlossen.
3. Die dem BLV angeschlossenen Verbände, insbesondere die der Arbeits- und Haushaltungslehrerinnen und der Mittellehrer, werden eingeladen, dieselben Sanktionen zu ergreifen.
4. Die Versammlung erwartet vom Kantonalvorstand, dass er den Fall Wankdorf mit allen angemessenen gesetzlichen Mitteln zu einem guten Ende führt und in zukünftigen Fällen mit derselben Entschiedenheit handelt.

Sie fordert die Mitglieder des Lehrkörpers auf, dem Vorstand im vorliegenden und in späteren, ähnlichen Fällen alle Unterstützung angeeignet zu lassen.»

9. Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Frau Walliser, Gymnasiallehrerin, Biel, bedauert, dass die Inhaber von ausserkantonalen Patenten sowie Hilfslehrer nicht in den BLV aufgenommen werden können. Der BLV sollte deren rasche Wählbarkeit erwirken helfen und sie als Mitglieder aufnehmen. *Der Zentralsekretär* antwortet ihr, für Inhaber ausserkantonomer Patente bestehe die Möglichkeit zur Aufnahme in den BLV; es sei ein Gutachten des Kantonalvorstandes einzuholen. Was

jedoch die Wählbarkeit betreffe, ziehe es der BLV vor, sich nicht einzumischen. Im übrigen wünschten provisorisch Gewählte meistens gar nicht, dem BLV beizutreten und die entsprechenden Beiträge zu entrichten.

Der Vorstand der *Sektion Trachselwald* legt folgenden Antrag vor:

«Die Abgeordnetenversammlung des BLV beauftragt den KV, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Instanzen und Behörden die nötigen Schritte einzuleiten, dass in Bezug auf Anlässe des BLV und dessen Sektionen im ganzen Kanton Bern eine aufgeschlossene und einheitliche Anwendung der Bestimmungen über die Nachholpflicht von Unterrichtsausfall ermöglicht wird.»
Präsident Vögeli versichert, dass dem Begehren die nötige Aufmerksamkeit geschenkt werde; als Antrag könne es allerdings aus formellen Gründen (zu spät eingetroffen) nicht entgegengenommen werden.

Frl. Elsbeth Merz, Bern, bittet die Versammlung, die Nyafaru-Schulhilfe weiterhin zu unterstützen, aber auch das HILF nicht zu vergessen (Heilpädagogische Information, Lehrerfortbildung, Förderung des sonderschulbedürftigen Kindes).

Alfred Pfister, Sektionspräsident Bern-Stadt, dankt allen im BLV Aktiven herzlich für die im verflossenen Jahr geleistete Arbeit, und *Pierre Jelmi* stellt mit Genugtuung fest, dass die Versammlung heute zweimal die Bedürfnisse des Juras berücksichtigt hat, wofür er sich besonders zu Dank verpflichtet fühle; man werde diese Geste zu schätzen wissen.

Um 12.40 Uhr kann Präsident *Gerber* die Versammlung schliessen. Er richtet allen seinen Dank aus und lädt ein zum Mittagessen im Burgerratssaal des Casinos.

Der beauftragte Berichterstatter:

Hans Adam



Schule und Massenmedien

Leiter

Urs Jaeggi, Redaktor ZOOM
Pfr. H.-D. Leuenberger und Pfr. D. Rindlisbacher, Beauftragte für Fernsehen und Film der Vereinigung Kirchliche Medienarbeit
Heinz Stuker, Gewerbelehrer
Gastreferenten

Zeit und Ort

14. bis 18. Oktober 1974, je 8.30–16.30 Uhr
Gewerbeschulhaus Thun
(Dienstag: Besichtigung Fernseh- und Filmstudio in Zürich)

Kursthemen, Kursarbeit

Filmsprache
Produktionsverhältnisse in Film und Fernsehen
Stellung der Medien in der Gesellschaft
Information – Manipulation
Wirkung der Medien auf das Kind
Besichtigung eines Fernseh- und eines Filmstudios
Gruppenarbeiten unter Führung der Leiter:
konventionelle Filmsprache
moderne Sehweisen

Fernschsprache
TV-Spot und Vorabendprogramm
TV-Unterhaltung
Serienfilme im TV
Werbung – Tagesschau – Dokumentarfilm –
Schlager
Analyse der Wirkung der Medien auf das Kind

Kurskosten

Fr. 10.– für Dokumentation, plus Fahrtkosten (Car)
nach Zürich

Anmeldungen

bis spätestens 20. September 1974 an Rudolf Pfister,
Sekundarlehrer, Wart 36a, 3600 Thun

Anmerkungen

Für die Kursteilnahme stehen noch eine begrenzte Zahl
Plätze offen.

Kursorganisatoren: Fachausschuss Massenmedien Schul-
abteilung Thun, BLV-Sektionen Thun-Stadt und Thun-
Land, Kurssekretariat BLV.



Telekolleg Ausbildung der Ausbilder

Ausstrahlung

26 Sendungen à 30 Minuten

21. September 1974 bis 12. April 1975 (Unterbrüche:
Weihnacht/Neujahr und Ostern)

Erstausstrahlung jeweils samstags, 14.30 Uhr; Wiederho-
lungen dienstags, 18.10 Uhr und samstags, 10.30 Uhr

Einführungssendung

(günstige Orientierungsmöglichkeit)

11. September, 22.05 Uhr, Wiederholung, 21. September,
10.30 Uhr

Themen und Teilthemen (Auswahl)

Jugendkunde (15 Lektionen):

- Der Jugendliche in der Entwicklung
- Die Entwicklung verschiedener Funktionen
- Probleme des Jugendalters
- Die Umwelt des Auszubildenden
- Experimentelle Erforschung der Gruppe
- Private und schulische Umwelt
- Konflikte und ihre Folgen
- Beschwerden und Verhaltensstörungen

Didaktik und Methodik (11 Lektionen):

- Pädagogische Aufgaben des Ausbildners im Betrieb
- Der Lernprozess
- Die Lernziele der Berufsausbildung
- Methoden, Medienkunde
- Erfolgskontrollen

Begleitmaterial

Lernhefte Jugendkunde Nrn. 2, 3, 4, 5 (blau) und Di-
daktik. Methodik Nrn. 10, 11, 12, 13 (grün), beziehbar
für Fr. 29.– pro Gruppe (4 Hefte) in Buchhandlungen,
Ex Libris-Filialen.

Begleitseminare

sind bei genügender Beteiligung in unserer Gegend
geplant in Bern, Biel, Langenthal, Thun, Solothurn
(13 Zusammenkünfte, davon 7 für Jugendkunde) jeweils

alle 14 Tage, 19–21.30 Uhr, dienstags, mittwochs oder
donnerstags, je nach Kursort. Kosten hierfür: Fr. 170.–
für alle Seminare, Fr. 90.– für die beiden Teilgebiete.

Teilnehmerkreis

Lehrmeister, Gewerbelehrer und Fachleute der betrieb-
lichen Ausbildung, Lehrer aller Stufen, Eltern von Ju-
gendlichen, usf.

Anmerkungen, Auskunftstelle

Das Telekolleg ist Teil einer deutschen Produktion. Ei-
nige, stark auf die BRD abgestimmte Teile werden weg-
gelassen.

Auskunftstelle: Schweizerische Fachschule für Betriebs-
fachleute, Enzianweg 4, 8048 Zürich, 01 54 96 54.



Schule – Sprache – Literatur

Symposium des Schweizerischen Schriftstellerverbandes
in Zusammenarbeit mit dem SLV

Zeit und Ort

Samstag, 21. September 1974, 14.30 Uhr, bis

Sonntag, 22. September 1974, 15 Uhr

Universität Freiburg i. Ue.

Arbeitsvorgehen

Samstag: Skizzen von 4 Schriftstellern über Wünsche an
ihr Lesepublikum; Referat Prof. K. Spinner über «Der
Schüler als Leser»; Präsentation von Untersuchungser-
gebnissen über Lesegewohnheiten.

Sonntag: Gruppendiskussionen zwischen Lehrern und
Schriftstellern zu Teilaspekten des Tagungsthemas (s.
Themen der vorgesehenen Arbeitsgruppen und weitere De-
tails in SLZ Nr. 34 v. 22. 8. 74, S. 1286); Rundtischge-
spräch.

Eine reichhaltige Dokumentation wird abgegeben.
Ausstellung in- und ausländischer Sprachlehrmittel.

Kosten

Fr. 40.– pro Teilnehmer (Dokumentation); Spesen zu-
lasten des Teilnehmers.

Anmeldestelle

Sekretariat des Schweiz. Schriftstellerverbandes, Kirch-
gasse 25, 8001 Zürich, Tel. 01 47 30 20, wo auch Detail-
programme erhältlich sind.



Theaterkurs

Leiter

Rudolf Stalder, Rüegsau

Hans B. Hobi, Sargans

Zeit und Ort

Samstag, 28. September, 14.30–22 Uhr, und Samstag/

Sonntag, 5./6. Oktober 1974, 14.30–16 Uhr

Gasthof «Zum weissen Kreuz», Hasle-Rüegsau

Kursarbeit

Kurstück: Der Herr Topas (Monsieur Topaze), Komö-
die von Marcel Pagnol (Berndeutschfassung)

1. Kursteil: Erläuterung zum Stück, zu seiner Aussage und Sprachgestaltung

2. Kursteil: Arbeit in Gruppen, Bewegungsregie, Gespräche

Theaterbesuch: 5. Oktober abends, Aufführung des Kursstücks durch die Emmentaler -Liebhaber-Bühne in Hasle-Rüegsau

Die Übungstexte werden den Teilnehmern nach Anmeldeeingang zugestellt. (Niemand wird zum Spielen gezwungen; man darf auch stiller Zuhörer sein.)

Anmerkungen

Der Kurs ist vorab für Regisseure und Spieler (Anfänger und Fortgeschrittene) gedacht, dürfte aber auch für das Schultheater (Sprachschulung) anregend sein.

Organisator: Gesellschaft für das Schweizerische Volkstheater – Schweizerische Volkstheaterschule

Kosten

Fr. 35.- inkl. Theaterrückführung, exkl. Verpflegung und eventl. Übernachten.

Auskünfte, Anmeldungen

Rudolf Stalder, Weingarten, 3411 Rüegsau, 034 61 17 15
Anmeldeschluss: 14. September 1974

Lehrerveteranen des Oberaargaus

Vom Graben | le fossé (1914) zwischen deutsch und welsch – Carl Spitteler als Mahner und Wegweiser

Es ist just sechzig Jahre her, seitdem sich bei uns ein sprachpolitischer Graben zwischen Deutsch- und Französischsprachigen aufgetan hat. Wer damals zum mindesten 12jährig gewesen war, hat diese Zeit bewusst durchlebt. Es sind demzufolge vorwiegend die heute 72jährigen und ältere Jahrgänge, die sich von einem solchen Thema besonders angesprochen fühlen müssen. Wenn daher Dr. phil. Walter Hugi, alt Sekundarlehrer in Langenthal, für seinen Vortrag über das obgenannte Gebiet sich als Zuhörer die Lehrerveteranen unseres Oberaargaus ausgewählt hatte, so durfte er zum vornhinein bei ihnen auf grosses Verständnis stossen. Sein Vortrag vermochte sie denn auch während nahezu zwei Stunden in Bann zu halten.

Der Redner begann seinen Rückblick auf jene längst vergangene Zeit mit der Schilderung des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges, wie er ihn als 20jähriger im Seeland erlebt hatte.

In Sehweite des Grabens, der sich da zwischen deutsch und welsch in unserm Vaterland geöffnet hat, haben sich in jenen Tagen und Monaten im Café Odeon in Zürich, dem Treffpunkt für Literaten, Künstler und Gelehrte, drei Männer zusammengefunden. Sie gehörten alle der Neuhelvetischen Gesellschaft an und berieten darüber, wie und wer da die entzweiten zwei Bevölkerungsteile wieder zusammenführen könnte. Es waren Major Thurnherr, Professor Jud und Pfarrer Grob, die den Gedanken erwochen, sich an den damals in aller Munde gewesenen Dichter des «Olympischen Frühlings» Carl Spitteler in Luzern zu wenden, ein Wort an die Schweizer aller Richtungen zu sprechen, um sie in gefahrvoller Zeit wieder zu einigen. Dieser sagte zuerst ab, liess sich dann aber durch Zureden der drei endlich bewegen, das von

ihm Geforderte zu gewähren. Carl Spitteler tat es in einem Vortrag vor der Neuhelvetischen Gesellschaft im Zunfthaus zu Zimmerleuten in Zürich am 14. Dezember 1914. Er hatte ihm schlicht den Titel: «Unser Schweizer Standpunkt» gegeben und ihn wie folgt begonnen: «Meine Herren und Damen, so ungern als möglich trete ich aus meiner Einsamkeit in die Öffentlichkeit, um vor Ihnen über ein Thema zu sprechen, das mich scheinbar nichts angeht ... Da das aber nicht der Fall ist, erfülle ich meine Bürgerpflicht, indem ich versuche, ob vielleicht das Wort eines bescheidenen Privatmannes dazu beitragen kann, einem uneitquicklichen und nicht unbedenklichen Zustand entgegenzuwirken. Wir haben es dazu kommen lassen, dass anlässlich des Krieges zwischen dem Deutsch sprechenden und dem Französisch sprechenden Landesteil ein Stimmungsgegensatz entstanden ist. Diesen Gegensatz leicht zu nehmen, gelingt mir nicht ...»

Spitteler führte u. a. aus, es sei die Aufgabe der Stunde, hierin etwas Ordnung zu schaffen, eine eidgenössische Kopfklärung habe zu geschehen. Wir müssten uns enger zusammenschliessen und vor allem näher kennen lernen. Eine Ausnahmegunst des Schicksals habe uns gestattet, bei dem fürchterlichen Trauerspiel, das sich gegenwärtig in Europa abwickle, im Zuschauerraum zu sitzen. Da gelte es wie bei einem Leichenzug mit schweigender Ergriffenheit den Hut abzunehmen. Erst dann ständen wir auf dem richtigen neutralen, dem Schweizerstandpunkt.

Dieser Rede Spittelers blieb eine nachhaltige Wirkung nicht versagt, obgleich sie ganz besonders in Deutschland nur scharfer Kritik begegnet ist. Sein dichterisches Werk hat ihm aber im Jahre 1920 dennoch den Nobelpreis für Literatur eingetragen.

Auf ähnliche Weise wie Carl Spitteler hat auch Heinrich Federer zur Schweizer Neutralität Stellung bezogen und dies mit dichterischer Phantasie. Bevor Dr. Hugi auch aus diesem Werk einige Proben zum besten gab, erinnerte er noch daran, wie der Dichter Georg Thüner 40 Jahre nach Spitteler vor derselben Neuhelvetischen Gesellschaft einen Vortrag über «Neutralität und Solidarität» gehalten hatte, in dem dieser darin u. a. traf bemerkt habe: «Unsere Neutralität ist kein militärischer Ruhm. Wenn zwei sich streiten, sind wir mit unserer bewaffneten Neutralität nicht die lachenden, sondern die wachenden Dritten. Schweizerheer heisst Schweizer Notwehr!»

Anschliessend, servierte uns der Vortragende sodann noch eine Köstlichkeit, sozusagen als Nachtschicht einer vorausgegangenen schmackhaften und sättigenden Mahlzeit in Gestalt einer Vorlesung aus der mit dichterischer Phantasie geschriebenen Erzählung Heinrich Federers, die den Titel trägt: «Unser Herrgott und der Schweizer». Darin schlägt der Dichter ganz ähnliche Töne an wie Carl Spitteler in seiner grossen Rede vor der Neuhelvetischen Gesellschaft in Zürich. Dr. Hugi hatte das vom Dichter selbst als «Ein stolzbescheidenes Geschichtlein» bezeichnete Büchlein stark gekürzt, verstand es jedoch vortrefflich, jeweils die Pointen herauszuheben, was dem ergötzten Zuhörer wiederholt ein herzliches Lachen abnötigte.

Es versteht sich eigentlich von selbst, dass dieser Vortrag unseres Mitgliedes Dr. Hugi von seinen Zuhörern mit frenetischem Beifall aufgenommen wurde, dem sich auch noch Dankesworte unseres Obmannes Walter Günter, Langenthal, anschlossen.

E. Schönmann

Der Alkohol und die Kinder

Der portugiesische Kinderpsychiater M. de Mendonça zeigt in einer umfassenden Arbeit, dass bei kleinen Kindern bereits eine sehr geringe Menge Alkohol, während längerer Zeit eingenommen, zu einer Leberzirrhose führen kann. Bei Kindern können sowohl Liqueurpralines wie etwas Wein zu den Mahlzeiten die intellektuellen Fähigkeiten wesentlich schwächen und die schulischen Leistungen beeinträchtigen.

Bei einem Schulkind beträgt der tödlich wirkende Blutalkoholgehalt ungefähr zwei Promille; beim erwachsenen Menschen etwa fünf bis sechs Promille. Bereits eine Alkoholmenge von 30 bis 40 Gramm, das entspricht etwa einem halben Liter leichtem bis mittlerem Wein, kann bei einem Kind von drei bis vier Jahren zum Tode führen. Der Konsum eines einzigen Glases Wein kann die Schularbeit während mehreren Stunden wesentlich beeinträchtigen. SAS

Kantonales Haushaltungslehrerinnenseminar Bern

Ausstellung von Handarbeiten

im Kantonalen Haushaltungslehrerinnenseminar, Bern
Weltstrasse 40, Bern

Öffnungszeiten

Samstag, 21. September	14.00–20.00
Sonntag, 22. September	14.00–18.00
Montag, 23. September	10.00–12.00 und 14.00–18.00
Dienstag, 24. September	10.00–12.00 und 14.00–18.00
Mittwoch, 25. September	10.00–12.00 und 14.00–18.00

L'Ecole bernoise

Caisse d'assurance du corps enseignant bernois (CACEB)

Assemblée des délégués

(Suite)

Venons-en maintenant à des problèmes moins généraux, qui concernent directement notre Caisse de pension.

Pendant l'année écoulée, 92 membres ont fait usage de la possibilité qui leur était offerte de passer du statut de déposants à celui d'assurés; sur ce nombre, 36 sont des femmes mariées et 9 des veuves ou divorcées.

Selon les nouveaux statuts, le candidat à la Caisse doit fournir lors de son admission une déclaration de santé personnelle. Il est intéressant de connaître les motifs pour lesquels 87 membres n'ont pu être acceptés dans la Caisse qu'avec une réserve; il s'agit de cas de maladies affectant

– les organes respiratoires	4 membres
– les organes de la circulation	6 membres
– le système nerveux	8 membres
– le système digestif	3 membres
– les organes de la sécrétion	4 membres

– les organes moteurs	38 membres
– les organes des sens	18 membres

Il s'y ajoute

– des maladies infectieuses	3 membres
– des allergies	3 membres

Par rapport aux 842 nouvelles candidatures, les membres admis avec réserve représentent en chiffre rond le 10% des admissions. Nous n'avons dû exiger que dans peu de cas un examen de contrôle chez un médecin agréé par la Caisse. A ce propos, j'aimerais souligner le fait que, sur 60 caisses de pension que nous avons interrogées, 56 exigent encore toujours un examen médical complet, notre Caisse, et trois autres de moindre importance, étant les seules à se contenter de la remise d'une déclaration de santé.

La question de la retraite partielle donne, en bien des occasions, lieu à discussion. Grâce aux nouveaux statuts, nous avons la possibilité de pensionner partiellement un membre de la Caisse si ses forces ont diminué et ne lui permettent plus d'assumer en totalité les obligations de son poste. Mais un enseignant qui a atteint l'âge de la retraite facultative (63 ans chez les femmes et 65 chez les hommes), et qui veut se décharger d'une part de son activité, peut aussi revendiquer une pension partielle. Dans un tel cas, il reçoit une part du salaire légal correspondant à son

degré d'occupation et la rente statutaire en fonction de la part de service dont il s'est démis. S'il renonce par la suite à tout travail, il obtient alors la retraite complète. A ce propos, j'aimerais insister sur le fait que, même si le degré d'occupation n'est plus, par exemple, que de 4 leçons hebdomadaires, une pension partielle doit être requise: en restant si peu que ce soit en activité, un membre a la possibilité d'intégrer d'éventuelles augmentations de salaire à son traitement assuré, ce qui constitue un avantage, surtout en un temps comme le nôtre où l'adaptation du salaire et de l'assurance est permanente.

Actuellement, on nous pose souvent la question de savoir si, lors d'une sortie anticipée de l'enseignement, et donc aussi de notre Caisse, les montants payés par l'assuré sont remboursés. Pour autant que l'assuré ne prend pas un congé en vue de poursuivre des études dans le domaine de l'enseignement, les statuts nous obligent, lors de toute démission, à rembourser les sommes versées (pour les déposants font règle les dispositions spéciales concernant le paiement des contributions de l'employeur). Il est possible que nos dispositions statutaires doivent, en 1976 ou 1977, être adaptées aux nouvelles dispositions relatives au 2^e pilier ou éventuellement au droit sur les contrats de travail.

Un extrait des comptes annuels donne les chiffres suivants:

Pensions versées	22,8 millions
Remboursement de primes par suite de sortie de la Caisse	10,2 millions
Cotisations des assurés	18,5 millions
Contributions de l'employeur	18,0 millions
Autres recettes	4,2 millions
Intérêts	22,7 millions
Total des opérations	96,4 millions

L'ensemble du capital de couverture atteignait, au 1^{er} janvier 1974, la somme de 523 millions de francs.

L'obligation de recalculer tous les traitements assurés en nous fondant sur la nouvelle loi sur les salaires du corps enseignant a occasionné à notre administration, durant l'exercice écoulé, un important surcroît de travail. Malgré le grand nombre d'heures supplémentaires consenties par notre personnel, il n'a pas été possible, dans bien des cas, d'établir les calculs nécessaires dans le délai voulu, et les décomptes n'ont pu être terminés au moment où l'Etat a versé les salaires dus rétroactivement. C'est pourquoi il a fallu corriger après coup des montants déjà échus. Les augmentations du traitement assuré ont pu, grâce aux nouveaux statuts, être rattachées à des conditions extrêmement avantageuses (contre paiement des 5/12), les sommes dues étant réparties jusqu'à fin décembre 1974.

J'aimerais saisir l'occasion pour remercier cordialement ici notre personnel du travail qu'il a fourni durant l'année écoulée. Au bilan annuel du dévouement dont il a été fait preuve, je peux inscrire un beau bénéfice net! C'est bon signe lorsque des assurés eux-mêmes prennent de temps en temps le souci de faire savoir au personnel qu'ils apprécient et estiment son travail. Personnellement, je voudrais qualifier l'année écoulée de fortement chargée. Espérons que les années à venir nous vaudront, grâce à nos nouveaux et excellents statuts, d'être déchargés de tout un fatras quotidien souvent inutile.

Lors de la discussion qui suivit, un délégué demanda des renseignements sur la signification du fonds de couverture, lequel a augmenté en 1973 de 83 millions en chiffre rond. M. H. Schmid répondit que l'augmentation varie d'année en année, en fonction des opérations de paiement; pourtant, les rentes ne sont guère modifiées, parce que les allocations de renchérissement ne sont pas intégrées. L'Etat ne peut verser le capital manquant de 211 millions, et il garantit l'intérêt de l'ensemble du capital de couverture au taux technique de 4%. De la fortune

effectivement disponible (312 millions), le fonds de couverture nécessite pour les bénéficiaires de rentes, allocations de cherté non comprises, 239 millions de francs; les 73 millions restants permettraient, en cas de liquidation de la Caisse, d'attribuer aux membres actifs une indemnité de sortie équivalant à peu près à sept années de cotisations.

Le danger d'une liquidation de la Caisse, dit M. Schmid, n'est pas pour aujourd'hui; mais le maigre capital de réserve en faveur des membres actifs montre bien l'importance que revêtent les cotisations courantes. Dès le début, la Caisse a présenté un déficit parce que la génération de départ a payé trop peu de primes; c'est pourquoi elle a toujours été administrée selon une méthode mixte (capital de couverture et cotisations). Mais le rapport entre le capital de couverture et la fortune ne devrait pas devenir toujours moins favorable. La déduction de coordination opérée sur le traitement brut (pour compenser l'augmentation constante des rentes AVS) devra encore s'élever, pour que l'ensemble du revenu de vieillesse se maintienne dans un rapport raisonnable avec le salaire.

Un autre membre de la Caisse en vint à parler du taux d'intérêt fixé pour les prêts hypothécaires accordés en prélèvement sur le fonds de secours, en souhaitant savoir s'il est adapté au taux hypothécaire pratiqué par les banques. M. Sulzberger, administrateur, expliqua que notre Caisse n'accorde que des hypothèques qui ne sont pas prises en charge par les banques, donc celles de 3^e, 4^e, voire 5^e rangs. Mais on ne réclame pas aux membres un intérêt plus élevé que celui que la Caisse obtiendrait si elle avait déposé l'argent à la Caisse hypothécaire (5% dès le 1^{er} mai 1974). Il ne se passe pour ainsi dire pas de semaine sans que quelqu'un s'annonce pour obtenir un prêt hypothécaire. Pour l'heure, ce sont, en chiffre rond, 80 prêts, pour un total de 1,6 million de francs, qui ont été accordés. Malheureusement, quelques débiteurs font preuve de mauvaise volonté pour payer leur dû; la Caisse devra prendre à leur égard les mesures qui s'imposent.

Notre collègue *Moritz Baumberger*, membre de la Commission d'administration, fit part de quelques remarques critiques pour éclairer notre comportement à l'égard de la Caisse d'assurance. Notre souci à tous est d'assurer au corps enseignant une rente-vieillesse convenable. Il importe de décider en quoi, de l'Etat ou de la monnaie, nous voulons avoir confiance. Si nous plaçons notre confiance dans la monnaie et la stabilité économique, alors notre but doit être une Caisse disposant de l'indispensable capital de réserve. Cette façon de couvrir notre assurance ne suffit pourtant pas, à cause de l'inflation, si bien que l'Etat doit verser des allocations de renchérissement aux bénéficiaires de rentes. La confiance dans la seule valeur du franc ne suffit plus. Si nous voulions placer le capital de la caisse en biens qui couvrent les risques de l'inflation, cela relancerait l'inflation même et poserait de nouveaux problèmes (par exemple, l'extension de l'administration et l'engagement de spécialistes en investissements). Il ne reste donc rien d'autre à faire, conclut M. Baumberger, que d'assurer statutairement à la Caisse les recettes nécessaires, tout en faisant confiance à l'Etat pour qu'il nous aide à nous créer une juste rente-vieillesse.

Les considérations de *Moritz Baumberger* furent applaudies, le rapport d'administration et les comptes annuels approuvés à l'unanimité.

Texte original: *Hans Adam*

(Adapt. franç.: *Francis Bourquin*)

Urlaubswunsch? Achtung!

Urlaubsgesuche, die nicht auf Krankheit oder obligatorischem Militärdienst beruhen, führen immer wieder zu Enttäuschungen. Wie kann man sich diese ersparen? Man beachte Folgendes:

1. Vorderhand besteht im bernischen Schuldienst *kein durchsetzbares Recht auf Urlaub*.
2. Für kürzere Dispensation ist die Schulkommission zuständig, für längere die Erziehungsdirektion (auf Antrag der Schulkommission und des Inspektors.) Grenze: ca. 2 Schulwochen.
3. Die ausfallenden Stunden müssen kompensiert oder durch eine(n) geeignete(n) Vertreter(in) gehalten werden. *Grundsätzlich wird die Besoldung des Beurlaubten sistiert*; ausnahmsweise (selten!) gestatten ihm die Erziehungsdirektion und die Finanzdirektion, die Besoldung weiter zu beziehen, meistens unter Abzug der Vergütung an den Vertreter gemäss offiziellem Tarif (Stellvertretungsverordnung).
4. *Die Versicherung stellt eigene Probleme*. Die statutarische Voraussetzung für prämiensfreie Weiterversicherung, nämlich «Weiterbildung im Lehrberuf», hat eine viel einschränkendere Bedeutung, als es die Interessenten meistens glauben. Ein blosser Auslandsaufenthalt z. B. gilt kaum als Weiterbildung.
5. Wer auf den Urlaub hin bereits Verpflichtungen eingeht oder Geld ausgibt, *bevor er von der wirklich zuständigen Behörde eine vollumfängliche schriftliche Auskunft bzw. Bewilligung hat*, nimmt ein nicht unerhebliches Risiko auf sich. Schon manche mündliche Auskunft wurde optimistisch als «Zusicherung» aufgefasst – und nachher entschied die einzig zuständige Behörde ganz anders.

Also:

Sehr frühzeitig (für längere Urlaube mindestens 6 Monate im voraus) ein schriftliches Gesuch stellen (Vorbesprechung nützlich); bei Ausbleiben der Antwort nicht warten, sondern nachfragen, nötigenfalls mehrmals.

Drei Monate vor dem gewünschten Urlaub sollte restlos alles schriftlich geregelt sein.

Man sage es weiter!

Sekretariat BLV

Fremde Zusendungen an unsere Leser

Der BLV gestattet bekanntlich, dass gegen Entschädigung dem Berner Schulblatt vereinsfremdes Informations- oder Propagandamaterial beigelegt oder mittels Adressen des BSB direkt an unsere Mitglieder geschickt wird. Die Leitung des BLV übernimmt für Form oder Inhalt solcher Drucksachen keine Verantwortung und überlässt die Beurteilung unseren Mitgliedern.

Der Leitende Ausschuss

Vous désirez un congé? Prenez garde!

Il arrive souvent que des demandes de congé faites pour d'autres motifs que la maladie ou le service militaire soient la cause de déceptions. Comment les éviter? En tenant compte de ce qui suit.

1. Pour l'instant, la législation scolaire ne stipule *pas de droit formel à un congé*.
2. Pour des dispensations d'une durée restreinte, c'est la commission d'école qui est compétente, pour celles d'une durée plus importante la Direction de l'instruction publique, sur préavis de la commission et de l'inspecteur. Limite: environ 2 semaines.
3. Les leçons qui tombent doivent être soit compensées, soit tenues par un(e) remplaçant(e) qualifié(e). *En principe, le traitement est supprimé*; les exceptions sont rares où les Directions de l'instruction publique et des finances permettent au maître en congé de toucher son traitement, en général sous déduction de l'indemnité due au remplaçant selon le tarif officiel (ordonnance concernant le remplacement).
4. *L'assurance à la CACEB pose des problèmes spécifiques*. Entreprendre des «études complémentaires pour l'enseignement» permet de rester assuré sans verser de cotisations, mais cette notion a une portée beaucoup plus restreinte que ne le croient en général les intéressés. Un simple séjour à l'étranger, par exemple, n'est que rarement assimilé à des «études complémentaires».
5. C'est assumer un risque non négligeable que de prendre des engagements ou de dépenser de l'argent en vue d'un congé *avant d'avoir en mains par écrit l'autorisation et les renseignements détaillés et complets de la part des seules autorités compétentes*. Trop souvent, des réponses orales ayant été considérées avec optimisme comme «assurances définitives», la décision de l'autorité vraiment compétente ne les a pas du tout corroborées.

Donc:

Faire très tôt (pour un congé important, au moins 6 mois à l'avance) une demande écrite de congé (des contacts oraux préalables sont utiles); si la réponse tarde à venir, ne pas attendre, mais se renseigner, insister au besoin.

Trois mois avant le congé, tout devrait être fixé par écrit, sans exception.

Qu'on se le dise!

Secrétariat SEB

Envois à nos lecteurs, provenant de tiers

Comme nos sociétaires savent, la SEB permet - contre rémunération - que des tiers leur fassent parvenir du matériel d'information ou de propagande, soit comme annexe à «L'Ecole bernoise», soit au moyen du jeu d'adresses de l'imprimerie. Les organes dirigeants de la SEB déclinent toute responsabilité quant à la forme ou au contenu de tels imprimés et en laissent l'appréciation à nos sociétaires.

Le Comité directeur

Conférence à la Direction de l'instruction publique, du 23 août 1974

Présents: (DIP) MM. Kramer, Bratschi, Kislig
Excusé: M. S. Kohler, conseiller d'Etat
(SEB) M^{me} Schirm, MM. Perren, Bürki, Rychner et
Simon

1. Garantie de la situation acquise

La DIP s'efforcera de résoudre assez rapidement les cas les plus ardues. Le groupe de travail récemment formé, jusqu'à présent, traité de cas particuliers.

Le secrétaire central suggère la création d'une commission paritaire pour les traitements des enseignants. La DIP étudiera cette proposition si la SEB la formule officiellement. M. Kramer annonce la création pour le 1^{er} novembre prochain d'un poste de «technicien des traitements». Il souhaite d'autre part que la SEB rende ses membres attentifs à l'obligation qu'ils ont d'annoncer à temps leur horaire de leçons semestriel pour que l'Office du personnel puisse établir rapidement leur état de salaire.

2. Dédommagement pour certaines fonctions administratives

Selon l'ancienne législation cantonale, de tels dédommagements n'étaient pas du ressort du canton. Une solution est actuellement recherchée. Un premier projet DIP est pour l'instant déposé, pour préavis, à la Direction des finances. Le futur règlement permettra de dédommager par exemple les responsables de l'établissement de l'horaire, du matériel, des installations sportives ainsi que d'autres fonctions. Pour 1974, le canton entend promulguer une ordonnance avec effet rétroactif.

3. Révision du décret sur les traitements du corps enseignant (allocations de famille et d'enfants)

Selon les représentants de la DIP, il est impossible d'accorder, aux maîtres à programme partiel, le 100% des

allocations de famille et d'enfants. La législation actuelle, qui est le résultat d'un compromis, ne le permet pas. Les mêmes restrictions valent pour le personnel de l'Etat, celui de la commune de Berne et celui de la Confédération. M. Kramer estime que la situation doit être réexaminée dans un avenir proche. Il prend acte de ce que la SEB établira une liste de tous les cas qui ne donnent pas satisfaction au corps enseignant.

4. Mesures envisagées par la DIP pour résorber la «pléthore» momentanée d'enseignants

Dans le Jura, presque tous les diplômés de la volée 1974 ont trouvé une place, à part certains du cours accéléré.

La possibilité de démissionner deux fois par année complique sérieusement tous les efforts de planification de la DIP.

La DIP discutera volontiers des mesures à prendre avec la SEB. Pour le moment, elle pense notamment à:

- créer des postes d'instituteurs constitués par des heures supplémentaires prises chez plusieurs collègues;
- dédoubler certaines classes.

Le Comité directeur de la SEB note encore avec satisfaction que la DIP n'a nullement l'intention de garder à disposition 500 enseignants dans la perspective d'une 5^e année de formation.

5. Problème des maîtres auxiliaires

La DIP n'a pas eu officiellement de contacts avec le syndicat nouvellement créé des maîtres auxiliaires. M. Bratschi a même conseillé à un maître auxiliaire venu le trouver de s'adresser à la SEB.

La DIP est d'avis que la situation des maîtres auxiliaires est réglée d'une manière favorable, à quelques exceptions près.

Le secrétaire-adjoint: *Paul Simon*

Vereinsanzeigen – Convocations

Einsendungen für die Vereinsanzeigen in der Nr. 38 müssen spätestens bis *Freitag 13. September 07.00 Uhr* (schriftlich) in der Buchdruckerei Eicher & Co., Postfach 1342, 3001 Bern, sein. Dieselbe Veranstaltung darf nur einmal angezeigt werden.

Redaktion: Hans Adam, Olivenweg 8, 3018 Bern/Postfach, Telephon 031 56 03 17.

Alle den Textteil betreffenden Einsendungen, ob für die Schweizerische Lehrerzeitung oder das Berner Schulblatt bestimmt, an die Redaktion.

Bestellungen und Adressänderungen an das Sekretariat des BLV, Brunnigasse 16, 3011 Bern, Telephon 031 22 34 16, Postcheck 30-107 Bern.

Redaktor der «Schulpraxis»: H.-R. Egli, 3074 Muri bei Bern, Breichtenstrasse 13, Telephon 031 52 16 14.

Druck: Eicher & Co., Postfach 1342, 3001 Bern.

Rédaction pour la partie française: Francis Bourquin, 5, chemin des Vignes, 2500 Bienne, tél. 032 25 62 54.

Prière d'envoyer ce qui concerne la partie rédactionnelle (y compris les livres) au rédacteur.

Pour les changements d'adresses et les commandes, écrire au Secrétariat de la SEB, Brunnigasse 16, 3011 Berne, téléphone 031 22 34 16, chèques postaux 30-107 Berne.

Impression: Eicher & Co., Case postale 1342, 3001 Berne.